

Russland.

Weltmacht zwischen Mythos und Wirklichkeit

Kehrt der Kalte Krieg zurück? Wie wird sich Russland in den nächsten Jahren entwickeln und verhalten? Nach den Ereignissen in Georgien, dem neuen Raketenstreit und besonders dem Gasstreit im Januar blicken viele Menschen hierzulande wieder mit großer Skepsis nach Osten. In ihrer Reihe „Länder-Revue“ befasste sich die Katholische Akademie auf einer Tagung am 24. und 25. Oktober 2008 mit dem großen Land, seiner Innen- und Außenpolitik, seiner Kultur und seiner Wirtschaft. Ziel war es, ein realistisches und authentisches Bild Russlands zu gewinnen. „zur debatte“ veröffentlicht die überarbeiteten Referate der Tagung.

Werner Gumpel

Die wirtschaftliche Lage nach dem Präsidentenwechsel

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion haben sich die Wirtschaft und die wirtschaftlichen Bedingungen in Russland grundlegend geändert. In einem schmerzhaften Prozess ist das Land von einer zentralistischen Planwirtschaft in ein marktwirtschaftlich orientiertes System transformiert worden. Die damit in Verbindung stehenden Probleme sind weithin bekannt: Die Privatisierung der bis dahin fast ausschließlich in staatlichem Eigentum stehenden Wirtschaft war gekennzeichnet durch das Aufkommen sogen. Oligarchen, d. h. Personen, die auf Grund ihrer Verbindungen zu Politik und Geheimdienst unendliche Reichtümer bei sich zu konzentrieren wussten, und durch den Wechsel großer Teile der Parteikader in die Wirtschaft, was insbesondere unter dem Präsidenten Jelzin geschehen ist. Während sich die alten Institutionen der Wirtschaft auflösten, ohne dass gleichzeitig neue geschaffen wurden, entstand ein Filz von Staat, Geheimdienst und Mafia, die sich gegenseitig unterstützten und einander zuspielten bzw. ein Konglomerat darstellten und noch immer darstellen. Verbunden war dies zunächst mit einem Niedergang der wirtschaftlichen Aktivität und mit Wachstumsverlusten. Die Überwindung dieses Dilemmas erforderte einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftspolitik und damit der Bedingungen und Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Quellen, aber auch die Schaffung von Institutionen, derer ein marktwirtschaftliches System bedarf.



*Prof. Dr. Werner Gumpel, Professor für Wirtschaft und Entwicklung Südosteuropas
an der Hochschule für Politik München*

Dieser Prozess ist bei Weitem noch nicht beendet, obwohl in dieser Hinsicht in den fast zwei Jahrzehnten, die seit dem Zusammenbruch der UdSSR vergangen sind, einiges geschaffen worden ist. Das Land hat in den vergangenen Jahren ein hohes wirtschaftliches Wachstum ausgewiesen, auch wenn die offiziellen Zahlen mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen werden müssen.

Ohne den starken Export von Erdöl und Erdgas und den Anstieg der Weltmarktpreise für diese Produkte wäre ein Wachstum dieses Ausmaßes nicht möglich gewesen. Immerhin bestehen fast 60 Prozent der russischen Exporte aus diesen zwei Gütern. Nach Angaben der Weltbank sind 70 Prozent des Tempos der russischen Wirtschaftsentwicklung seit dem Jahr 2003 mit den hohen Exportpreisen von Erdöl und Erdgas verbunden.

Medwedjews ökonomisches Erbe

Ziel von Präsident *Medwedjew* ist die Beibehaltung hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten und eine Erhöhung des Volkswohls, der sich bisher fast ausschließlich in den großen

Städten vermehrt hat, während auf dem Land nach wie vor Armut herrscht. Das aber bedeutet nicht nur eine steigende Nachfrage der Industrie, sondern auch der Bevölkerung nach primärer und sekundärer Energie. Zudem besteht die Notwendigkeit, die Versorgung der Bevölkerung mit Erdgas zu verbessern. Da aber gleichzeitig die Förderung von Erdgas jährlich um ein Prozent abnimmt, sinken die Mengen, die für den Export zur Verfügung stehen. Schon jetzt deckt Russland einen großen Teil seiner Gaslieferungen nach Europa mit Importen aus Turkmenistan und Kasachstan.

Die russische Regierung steht daher vor der Aufgabe, neue Lagerstätten zu erschließen. Sie liegen in dem bisher wenig erschlossenen Osten Sibiriens und im Fernen Osten. Dort mangelt es nicht nur an allen Formen von Infrastruktur, es fehlen auf Grund der geringen Siedlungsdichte auch die Menschen, die diese Aufgabe übernehmen können. Im Gegenteil: Der Osten des Landes verzeichnet auf Grund der miserablen Lebensbedingungen eine ständige Abwanderung der Bevölkerung. Vladimir Putin sprach noch als Präsident davon, dass 13 Millionen Russen in den Fernen Osten und nach Ostsibirien umgesiedelt werden sollen.

Die chinesische Landnahme

Im *Fernen Osten* ist die Lage jedoch besonders beunruhigend, denn wo die Russen gehen, kommen die Chinesen. Den dünn besiedelten russischen Regionen steht ein von Menschen überbordendes chinesisches Grenzgebiet gegenüber. In den russischen Grenzgebieten zu China leben insgesamt 4 Millionen Russen, auf der anderen Seite der Grenze jedoch hundert Millionen Chinesen. Die Zahlen über die chinesische Zuwanderung weichen stark voneinander ab. Offizielle Stellen nennen die Zahl dreihunderttausend, in der russischen Presse wird jedoch von drei bis zu 12 Millionen gesprochen. Erscheint die erste Zahl zu niedrig gesetzt, so die letztere zu hoch. Aber allein die Zahl der illegal zugewanderten Chinesen wird auf zwei Millionen geschätzt.

Die russische Zeitung „Izvestija“ schrieb im Januar 2006 über die Beunruhigung der Menschen und deren Ängste: „In zehn Jahren wird der Ferne Osten von Chinesen besiedelt sein und dann wird er insgesamt an China übergehen.“

Der Vorteil der chinesischen Landnahme besteht darin, dass die wegen Abwanderung bzw. Alkoholismus der Bewohner sterbenden Dörfer neu besiedelt werden und das Land bestellt

wird, also nicht versteppt. Die verbliebenen Bewohner werden von den Chinesen zur Arbeit angehalten und lernen zu arbeiten und dem Alkohol zu entsagen. Zur Legalisierung ihres Aufenthalts heiraten viele Chinesen russische Frauen, die ihrerseits die fleißigen Chinesen ihren stets betrunkenen Männern vorziehen. Allerdings führt die Immigration von Chinesen, denen ein Wille zur Integration fehlt, auch zu schweren ethnischen Ausschreitungen.

Präsident *Putin* urteilte, dass der Stand der Wirtschaft der Region und deren sozialer Sphäre eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes darstellt.

Zur Lösung der genannten Probleme sind umfangreiche Investitionen erforderlich. Obwohl das Land mittlerweile Devisenreserven von ca. 480 Mrd. Dollar angehäuft hat, fehlen im Haushalt die notwendigen Mittel. Auf die Probleme der Infrastruktur wurde bereits verwiesen. Vor allem die Verkehrsinfrastruktur und die soziale Infrastruktur, aber auch das Bildungswesen bedürfen umfangreicher Investitionen, wenn Russland im Wettbewerb mit den westlichen Industriestaaten bestehen will. Die Mehrzahl der russischen Industriezweige ist technisch stark veraltet und nicht wettbewerbsfähig.

Die inländische *Kapitalbildung* ist nicht ausreichend. Die russischen Banken gehören zudem, nach den Worten *Aganbegjans*, zu den schwächsten der Welt. Die russische Industrie ist daher gezwungen, auf ausländische Kapitalquellen zurückzugreifen. Sie machen etwa 20 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Aus diesem Grund sind die Auslandsschulden der russischen Unternehmen und Organisationen bis zum Jahr 2007 auf etwa 300 Milliarden Dollar angestiegen. Für 2008 wird mit 400 Mrd. Dollar gerechnet. Die Kreditaufnahme im Ausland hat sich laut *Aganbegjan* in den vergangenen Jahren auf 50 – 60 Mrd. Dollar jährlich belaufen, mit steigender Tendenz, wobei ausgerechnet der Gasmonopolist Gazprom mit einer Schuldenlast von 40 Mrd. Dollar der größte Schuldner ist. Russischer Staat und russische Unternehmen sind mit 527 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet. Bis zum Ende 2008 müssen die Unternehmen rund 45 Mrd. Dollar an ausländische Gläubiger zurückzahlen, bis Ende 2009 müssen für diesen Zweck weitere 120 Mrd. Dollar aufgebracht werden.

Dies hat sich im Rahmen der internationalen Kreditkrise mit ihren weltweiten Folgen auch auf das russische Finanzwesen, insbesondere den Aktienmarkt, und nicht zuletzt auf die Banken ausgewirkt, von denen einige vor dem Bankrott stehen. Allerdings steht hier, ähnlich wie in den USA und Westeuropa, der Staat in den Startlöchern, um eine „derartige Situation unter

Einsatz eigener Mittel zu regulieren“, so eine Aussage von *Michail Kopejkin*, stellvertretender Leiter des Regierungsapparats der Russischen Föderation. Die vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden, wie russische Ökonomen hervorheben, durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik noch verstärkt. Als Schlüsselfaktoren werden hier die Schwäche des nationalen Finanzsystems, die übermäßige Abhängigkeit von den ausländischen Märkten, die Zunahme der Korruption, die geringe Qualifikation der Arbeiter und Angestellten, die Erhöhung der Steuern, aber auch die Verringerung der Rentabilität der Mehrzahl der russischen Unternehmen, angeführt. Zur Änderung der gegebenen Umstände sind umfangreiche Reformen und neue Gesetze zur Erleichterung von Investitionen erforderlich, insbesondere ein Gesetz zum Schutz des privaten Eigentums. Gerade in letzter Zeit nämlich bemüht sich die russische Regierung um eine teilweise Resozialisierung privatwirtschaftlich organisierter Unternehmen. Dies gilt insbesondere für den Rohstoffbereich.

Das soziale Problem

Einen weiteren Problembereich stellt die *soziale Lage* der Bevölkerung dar. In Hinblick auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung, steht Russland unter 180 Ländern an fünfzigster Stelle. Dies zeigt sich auch in den Löhnen, die trotz mehrfacher Erhöhungen niedrig sind. Die ständig wachsende *Inflation* jedoch frisst einen großen Teil dieser zusätzlichen Einkommen. Sie beläuft sich derzeit offiziell auf 16 Prozent. Real dürfte sie erheblich höher liegen. Das gilt insbesondere für eine Vielzahl von lebensnotwendigen Lebensmitteln. Der Staat tut nichts oder zu wenig, um die Inflation zu bekämpfen, zu der auch seine ständig zunehmenden Ausgaben im Bereich der Rüstung und für den Staatsapparat beitragen. Zweifellos haben auch die riesigen Devisenzuflüsse aus dem Verkauf von Energieträgern Einfluss auf die Geldentwertung im Lande. Aber auch die internationale Finanzkrise hat Auswirkungen auf die Inflation. Da auch die russischen Banken von ihr betroffen sind, versuchen Finanzministerium und Zentralbank sie durch kräftige Finanzspritzen zu stabilisieren, was einen zusätzlichen Inflationsschub von ein bis zwei Prozent bewirken wird.

Abgenommen hat die *registrierte Arbeitslosigkeit*. Groß bleibt dagegen die *verdeckte Arbeitslosigkeit*, die ihren Ausdruck u. a. in einer florierenden Schattenwirtschaft findet, die für viele Menschen die einzige Möglichkeit zum Überleben darstellt. Einige Indikatoren verweisen jedoch auf die nach wie vor prekäre soziale Lage der Bevölkerung. Hierzu gehört die hohe Selbstmordrate. Mit 62,6 Selbstmorden pro 100.000 bei Männern und 11,6 Selbstmorden pro

100.000 bei Frauen wird Russland auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion nur von Litauen übertroffen (75,6 resp. 16,1; Deutschland: 20,4 resp. 7,0). Besonders bedrückend ist in diesem Zusammenhang die hohe Selbstmordrate unter Jugendlichen. Beunruhigend auch ist die Vielzahl der Selbstmorde in der russischen Armee.

Auch das *Gesundheitswesen*, das von jeher im russischen bzw. sowjetischen Staat vernachlässigt worden ist, bedarf dringend einer Verbesserung. Ein wirkliches System der Krankenversicherung gibt es bisher nicht oder nicht mehr. Nach Schätzung des russischen Gesundheitsministeriums müssen die Patienten bis zu 50 Prozent der Aufwendungen aus der eigenen Tasche bezahlen, wobei Medikamente für die meisten Russen unerschwinglich sind. Die russische Verfassung allerdings verspricht eine freie medizinische Versorgung. Unter den gegebenen Umständen verwundert es nicht, dass die Lebenserwartung der Russen, insbesondere der Männer, erheblich unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten liegt, was allerdings auch dem exzessiven Alkoholismus breiter Bevölkerungskreise und der herrschenden Umweltverschmutzung zuzuschreiben ist.

Von großer Brisanz ist auch das *Wohnungsproblem*, dessen Lösung erneut einen erheblichen Kapitaleinsatz erfordert, der aber trotz eines entsprechenden Regierungsprogramms nur zögerlich erfolgt. Nach wie vor herrscht insbesondere in den großen Städten ein Wohnungsdefizit

Gesetzgebung und Rechtsprechung

Die wirtschaftlichen Aktivitäten in einem Staat sind in hohem Maße von der Stabilität des *Rechtssystems* und der Objektivität der Rechtsprechung abhängig. Das hat auch Präsident *Medwedjew* erkannt. Er hat dies bereits zu Beginn seiner Amtszeit angemahnt und damit einen Finger in die offene Wunde des russischen Rechtssystems gelegt. Die Wirtschaft wird durch eine Vielzahl von Gesetzen eingeengt, von denen viele je nach Laune geändert werden. Besonders schlecht steht es dabei um den Schutz des Eigentums, wie auch westliche Investoren erfahren mussten und noch erfahren müssen.

Ein besonderes Kapitel stellt in diesem Zusammenhang die *Rechtsprechung* dar. *Medwedjew* thematisiert ein besonders leidiges Kapitel des russischen Rechtssystems, die sogenannte *Telefonrechtsprechung*. Wurden zu Sowjetzeiten vor einem Urteil die interessierten Partei-, Ge-

heimdienst- und Verwaltungsstellen „angerufen“ und nach ihren Wünschen zum Urteil befragt (das Urteil fiel dann auch entsprechend aus), so sind es heute neben Verwaltungsstellen insbesondere die kriminellen Strukturen, die Einfluss auf die Urteilsbildung nehmen können. Zudem spielt Geld eine wichtige Rolle: Ein großer Teil der Richter ist bestechlich. Auf ehrliche Richter (oder gerade auf sie) wird Druck von den verschiedensten Seiten und auf die verschiedenste Art ausgeübt, dem sie sich meist nicht entziehen können. Mit Geld lassen sich auch Gerichtsprozesse beschleunigen, denn Prozessverzögerungen sind eines der Instrumente der Gerichte, Zahlungen zu erhalten. „Schuld vergeht – für Geld“, sagte der Präsident. Von einer Unabhängigkeit der Gerichte kann bisher nicht gesprochen werden, ein Tatbestand, den auch *Medwedjew* angesprochen hat. „Im Kern der Dinge sind die Gerichte gegenwärtig nur ein Anhängsel der Exekutive. Das Hauptproblem ihrer Ineffizienz besteht nicht nur in der Korruption und der Unprofessionalität ihrer Kader, sondern in dem von der Exekutive auf sie ausgeübten Druck.“ Eine in den neunziger Jahren eingeleitete Rechtsreform ist in der Bürokratie stecken geblieben.

Eine eigens vom Präsidenten eingesetzte Arbeitsgruppe soll jetzt Vorschläge erarbeiten, wie die Funktionsfähigkeit des Gerichtssystems verbessert und dessen Unabhängigkeit gewährleistet werden kann.

Die entsprechenden Gesetze zu schaffen und auch durch die Duma zu bringen, besitzt in der Prioritätenliste des Präsidenten einen hohen Rang. Nur gibt es in Russland bereits Gesetze, die viele von den genannten Forderungen erfüllen. Sie finden jedoch keine Beachtung. Es gilt, was der Vorsitzende des Verfassungsgerichts so formulierte: Die Gesetze werden anerkannt, die Machthaber aber haben das Recht, jederzeit davon abzuweichen. Russland kann nach wie vor nicht als Rechtsstaat betrachtet werden. Daran wird sich wohl trotz der Bemühungen des Präsidenten auch in Zukunft nichts ändern.



Bodenschätze sind ein entscheidender Faktor in der russischen Wirtschaft und ein wichtiges Exportgut. Vor allem russisches Gas ist für das energiearme Westeuropa fast unverzichtbar geworden. Der Gasstreit im Januar hat das wieder einmal gezeigt. An der Ostseepipeline wird trotz politischer Auseinandersetzungen schon gebaut. In Sassnitz auf der Insel Rügen liegen diese Rohre bereit. Foto: dpa

Wie geht es weiter in Russland?

Die Russländische Föderation steht an einem Scheideweg. Das Land verzeichnet zwar hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und in den wichtigsten Ballungszentren eine Steigerung des Wohlstands. Andererseits ist das Wachstum weitgehend von der Möglichkeit des Exports von Erdöl und Erdgas abhängig. Hier aber wird ein Förderrückgang prognostiziert, was mittelfristig eine Abnahme der Zuflüsse von Öldollars erwarten lässt. Zumindest kurzfristig wird sich auch die Finanzkrise des Jahres 2008 negativ auswirken, da sie die Tötigung von Investitionen zur Erschließung neuer Vorkommen vermindern und die Erdölgesellschaften zur Kürzung ihrer Investitionsprogramme zwingen wird.

Diese Situation betrifft auch alle anderen Bereiche, die hier besprochen worden sind. Die Lösung aller angeführten Probleme erfordert einen hohen Kapitaleinsatz, für den die Vorausset-

zungen u. a. auch durch die wieder einsetzende Aufrüstung und die hohen Ausgaben zur Befriedung des Kaukasus nicht gegeben sind. Russland war und ist ein zutiefst dualistisches Land und gleicht in diesem Sinne nach wie voreinem Entwicklungsland. Wirtschaftlich ist es durch einige hoch entwickelte Industrien gekennzeichnet, denen schwach entwickelte und international nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige bei geringer Diversifikation gegenüberstehen. Dies kann als „*sektoraler Dualismus*“ bezeichnet werden. Daneben verzeichnen wir einen *sozialen Dualismus*. Er findet seinen Ausdruck in gravierenden Einkommensunterschieden bei der Bevölkerung, in dem Bestehen einer kleinen, sehr reichen Bevölkerungsschicht und einer großen Zahl von Armen. Schließlich besteht ein ausgeprägter *regionaler Dualismus*, d. h. dass wirtschaftlich entwickelten Landesteilen viele unterentwickelte oder gar nicht entwickelte Regionen gegenüberstehen.

Die Beseitigung dieser Dualismen und der mit ihnen verbundenen Probleme erfordert nicht nur einen immensen Kapitaleinsatz, sondern auch ein zielgerichtetes Vorgehen. Dazu gehört ein konsequenter Übergang zur Marktwirtschaft. In der Realität entstehen jedoch in den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft monopolistische Marktstrukturen, die vom Staat sogar gefördert werden, da sie eine staatliche Einflussnahme erleichtern. Dies führt dazu, dass die Monopolunternehmen größtenteils ineffizient arbeiten. Zudem führt der Staat seit einiger Zeit faktisch eine *Deprivatisierung* durch, unterdrückt die Konkurrenz und berücksichtigt in seiner Wirtschaftspolitik nicht die reale Nachfrage. Gleichzeitig hält er sich dort zurück, wo er den kleinen und mittleren Produzenten im Land Hilfestellung gewähren könnte. Der Staat mischt sich überall aktiv in den Wirtschaftsprozess ein, was durchaus auch im Sinne einiger Wirtschaftsbosse ist.

Neue staatliche Gesellschaften werden gegründet. Das geschieht sowohl in der Bankensphäre als auch in verschiedenen Bereichen der materiellen Produktion. Noch immer also besteht ein *Denken in sozialistischen Kategorien*. Sie findet ihren Ausdruck in der bestehenden engen Verquickung von Politik, Wirtschaft und kriminellen Strukturen, die die weitere Entwicklung hemmt. Nach wie vor gilt das Postulat *Lenins* vom Primat der Politik über die Ökonomie.

Besonders notwendig wäre zunächst eine Verbesserung der *Verkehrsinfrastruktur*. Weite Teile des Landes sind verkehrsmäßig schlecht oder gar nicht erschlossen. Dies ist eines der Haupthindernisse bei der Entwicklung und Besiedelung Ostsibiriens und des Fernen Ostens. So lange die Infrastruktur nicht entwickelt ist, werden sich vor allem die kleinen Unterneh-

men nicht entwickeln können.

Auch die bisher weitgehende Negierung des *Umweltproblems* wird sich negativ auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken und zu schweren sozialen Verwerfungen führen. Die Verschmutzung der Wasserläufe und Seen, die Verseuchung des Bodens mit Öl aus defekten Rohrleitungen und bei der Ölförderung sowie mit radioaktiver Strahlung – all das hat, wie gezeigt, fatale Auswirkungen auf die Volksgesundheit und die Lebenserwartung der Menschen.

Dies führt zum Problem des *Gesundheitssystems*. Hier ist eine Reform vorgesehen, auch das System der Altersversorgung und die soziale Infrastruktur sollen modernisiert werden. Dies soll allerdings laut Aussage von Premierminister *Putin* bis im Jahr 2020 geschehen sein.

„Wenn Russland ein Wachstum von 6 Prozent pro Jahr aufrecht erhalten kann, wird es nach zwanzig Jahren in die untere Gruppe der entwickelten Staaten aufrücken“, meint *Abel Aganbegjan*. Und weiter: „Nach dreißig Jahren dann können wir uns mit Deutschland, England und Frankreich vergleichen, wenn diese ihr Wachstumstempo von derzeit 2 – 3 Prozent im Jahr beibehalten.“ Die Regierenden wissen: Der russische Mensch ist geduldig.

Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung und die ungelösten Probleme, vor denen das Land steht, so scheint diese wenig optimistische Prognose aus dem Mund eines der bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler Russlands durchaus realistisch zu sein. Das bedeutet aber auch, und das ist der für uns optimistische Aspekt, dass dort noch auf Jahrzehnte ein fast grenzenloser Bedarf an neuen Technologien und *know how* sowie an modernen Ausrüstungen in fast allen Sektoren der Wirtschaft fortbesteht, Erzeugnisse, die unser Land liefern kann. Was dagegen Deutschland betrifft, so wird es langfristig auf den Import russischer Energieträger angewiesen sein. Deutschland ist nach wie vor der wichtigste Außenhandelspartner Russlands, sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen. Der deutsche Anteil an den russischen Importen beläuft sich auf 16,5 %, an den Exporten auf 9,6 % (2007). (Quelle: World Bank: Russian Economic Report Nr. 16, Juni 2008, S. 25). Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit scheint daher trotz aller Widrigkeiten, mit denen deutsche Investoren und Geschäftsleute zuweilen im Land konfrontiert werden, auf längere Zeit gesichert – zum Nutzen sowohl Deutschlands als auch Russlands.